

Herrn Bezirksbürgermeister
Mike Homann
Hauptstraße 85
50996 Köln

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker
Hist. Rathaus
50667 Köln

In der Bezirksvertretung
Rodenkirchen

Torsten Ilg

Bezirksrathaus Rodenkirchen
Hauptstr. 85
50996 Köln

Tel: +49 (221) 84 66 688
Mobil: +49 (172) 60 76 376
Mail: toifan@icloud.com

Eingang beim Bezirksbürgermeister:

AN/0025/2016

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

| Gremium | Datum der Sitzung |
|------------------------------------|-------------------|
| Bezirksvertretung 2 (Rodenkirchen) | 25.01.2016 |

Verpflichtende Eintragungen in Wachbücher von Flüchtlingsunterkünften.

Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister, sehr geehrter Frau Oberbürgermeisterin,

als Mitglied der Freien Wähler bitte ich Sie, folgenden Antrag auf die TO der BV-Sitzung am 25.01.2015 zu setzen. Die Bezirksvertretung Rodenkirchen möge beschließen:

Die Verwaltung möge prüfen ob es juristisch umsetzbar ist (z.B. per Hausordnung), die Bewohner von städtischen Flüchtlingseinrichtungen im Bezirk von Rodenkirchen zu verpflichten, das abendliche Verlassen und Betreten ihrer Einrichtung durch einen einfachen Eintrag in ein Wachbuch zu dokumentieren. Ein solches Wachbuch könnte beispielsweise vom zukünftigen Kölner Sicherheitsdienst ohne großen organisatorischen Aufwand geführt werden.

Begründung:

Leider ist es nicht zu vermeiden, dass in Flüchtlingseinrichtungen neben „besonders schwierigen Personengruppen“, auch traumatisierte Menschen Tür an Tür wohnen müssen. Der Wachdienst hat nicht nur Störungen für Nachbarn abzuwenden, sondern auch für die Sicherheit der Bewohner selbst zu sorgen, sowie vorbeugenden Brandschutz zu gewährleisten. Da macht es durchaus Sinn wenn Klarheit darüber herrscht, welche Bewohner gerade an- oder abwesend sind. Zudem soll der Wachdienst den Zugang zu den Standorten kontrollieren um mögliche fremdenfeindliche Aktionen abzuwehren. Außerdem sind aufgrund der Vorfälle am 31.12.2015 am Kölner Hauptbahnhof sowohl personelle, als auch organisatorische und statistische Defizite der staatlichen Sicherheitsorgane zutage getreten. Leider waren auch Personen an den Ausschreitungen beteiligt, deren Identität nur schwer ermittelbar ist. Der Staat hat die Pflicht, pauschale Vorurteile gegenüber Gruppen oder Ethnien zu vermeiden. Deswegen ist Transparenz und Mitarbeit notwendig. Eine möglichst lückenlose Statistik hilft der Polizei bei der Aufklärung von Straftaten. Dies fördert Vertrauen und sorgt für mehr Sicherheit in Köln.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Torsten Ilg